

Evangelische Perspektiven

Das Magazin der Landeskirche Braunschweig

1 | 2017

Die Erinnerung wach halten

Das Konzentrationslager
Salzgitter-Drütte
ist heute eine Gedenkstätte



Liebe Leserinnen und Leser,



Foto: Jens Schulze

in diesen Tagen erleben wir die Rückkehr nationalistischer Leidenschaften. Wir hören Politikerinnen und Politiker, die das Volk wieder an die erste Stelle ihrer Werteskala setzen. Wohin das führt, haben wir gerade in Deutschland leidvoll erfahren. Ausgrenzung, Unterdrückung und Verfolgung derjenigen, die angeblich nicht dazugehören, waren die Folge. Der Nationalismus zerstört die Humanität und lästert Gott. Er ist – theologisch gesprochen – Sünde.

Deswegen ist es zutiefst verstörend, wenn auch Christen und Kirchen nationalistische Bestrebungen unterstützen. Eindringlich warnt die Barmer Theologische Erklärung davor, Gott politischen Ideologien unterzuordnen. 1934 war sie der Versuch, dem weltanschaulichen Machtanspruch des Nationalsozialismus zu widerstehen. So ist die Erklärung zu einem wichtigen Bestandteil unserer deutschen Erinnerungskultur geworden.

Diese Erinnerungskultur hat maßgeblich dazu beigetragen, dass Deutschland heute eine Demokratie ist. Nur, wenn wir uns erinnern, werden wir nicht blind für die Gegenwart. Nur dann können wir es vermeiden, die Fehler der Vergangenheit zu wiederholen. Darauf hat Richard von Weizsäcker 1985 in seiner großen Rede zum 8. Mai aufmerksam gemacht. Deswegen ist es gut, dass dieses Erinnern auch im Braunschweiger Land wach gehalten wird. Zum Beispiel in der Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Salzgitter-Drütte.

Die Nachgeborenen haben keine Schuld an der Barbarei des Nationalsozialismus. Aber sie sind verantwortlich für das, was daraus wird. Also erinnern wir uns und die Politikerinnen und Politiker von heute daran, dass Nationalismus in die Irre führt.

Ihr

A handwritten signature in blue ink that reads "Michael Strauß". The signature is written in a cursive, flowing style.

Michael Strauß

Impressum

Herausgeber Pressestelle der Landeskirche Braunschweig | **Redaktion** Michael Strauß (mic) | **Anschrift** Dietrich-Bonhoefer-Straße 1, 38300 Wolfenbüttel, Tel. 05331-802108, Fax 05331-802700, presse@lk-bs.de, www.landeskirche-braunschweig.de | **Layout** Dirk Riedstra | **Druck** MHD Druck und Service GmbH, 29320 Hermannsburg | **Titelfoto** Susanne Hübner

Foto: Agentur Hübner



10



Foto: Agentur Hübner

14



Foto: Privat

18



Foto: Agentur Hübner

23

In dieser Ausgabe

4 **Blickpunkt** **Neobarock**

Die Orgel in der Hauptkirche BMV in Wolfenbüttel.

8 **Porträt** **An der Seite der Armen**

Ilsabe Schwarz engagiert sich seit mehr als 30 Jahren in der Erwerbslosenarbeit.

10 **Titelthema** **Die Erinnerung wach halten**

Das ehemalige Konzentrationslager in Salzgitter-Drütte ist heute eine Gedenkstätte.

14 **Interview** **Integration bleibt das Ziel**

Für Kultusministerin Frauke Heiligenstadt hat der staatliche Bildungsauftrag Vorrang vor dem individuellen Recht auf Religionsfreiheit.

17 **Nachgefragt** **Wie helfen Mitarbeitervertretungen?**

Eine Antwort von Holger Mielich, Vorsitzender des Gesamtausschusses der Mitarbeitervertretungen.

18 **Hintergrund** **Neue Heimat Kirche**

Flüchtlinge aus dem Iran bereichern das Gemeindeleben der Frankenberger Kirche in Goslar.

20 **Rezension** **Luthers Lauffeuer**

Der Kirchenhistoriker Thomas Kaufmann beschreibt die Reformation als europäisches Ereignis.

21 **Kleine Kirchenkunde** **Ökumene braucht Bekenntnis**

Warum der lutherischen Kirche im Dialog mit dem Katholizismus besondere Bedeutung zukommt.

23 **Mein Traum von Kirche** **Meine Wurzeln sind Teil der großen Wurzel**

Eine Meditation von Pröpstin Elfriede Knotte.

Neobarock

Die Hauptkirche Beatae Mariae Virginis („der seligen Jungfrau Maria“) in Wolfenbüttel ist der erste bedeutende protestantische Großkirchenbau nach der Reformation. Er wurde von Herzog Heinrich Julius in Auftrag gegeben und von 1608 bis 1624 ausgeführt. Die Orgel in der Kirche gehört zu den besonders eindrucksvollen im Braunschweiger Land. Sie verdankt sich mehreren Bauphasen.

Ein erster Vertrag mit dem Orgelbaumeistermeister Hans Thomas aus Braunschweig stammt aus dem Jahr 1570. Dort ist von einem kleinen Instrument in der Marienkapelle die Rede.

Nach dem Bau der Hauptkirche wurde ein Orgel-Neubau durch die Kirchenältesten und Hofkapellmeister Michael Praetorius ausgeschrieben. Das Instrument sollte 35 Stimmen auf drei Manualen und ein Pedal haben. Als Erbauer wurde der Dresdener Hoforgelbauer Gottfried Fritzsche gewonnen. Er arbeitete von 1620 bis 1624 an dem Instrument.

1877 entstand im alten Gehäuse eine neue Orgel der Firma Furtwängler und Hammer mit 60 Registern auf drei Manualen, samt einem Pedal mit mechanischen Spieltrakturen und Kegelladen. 1959 baute dann die Berliner Firma Karl Schuke eine neobarocke Orgel mit 53 Registern auf vier Manualen und mit einem Pedal hinter das alte Gehäuse. Sechs Register von Fritzsche blieben erhalten.

Nach umfangreichen Kirchen-Baumaßnahmen ist die Orgel inzwischen zweimal überholt und in ihren Bedienelementen auf den neuesten Stand gebracht worden.



Foto: Agentur Hübner



Wechsel zur Diakonie



Foto: DWIN

Der Aufsichtsrat des Diakonischen Werks evangelischer Kirchen in Niedersachsen hat Dr. Jens Lehmann in den Vorstand gewählt. Der 45-jährige Jurist vertritt neben Dr. Christoph Künkel und Cornelius Hahn die Diakonie in Niedersachsen.

„Ich freue mich, dass wir mit Jens Lehmann eine Person gefunden haben, die im kirchlich-diakonischen Bereich erfahren ist und somit bereits über ausgezeichnete Kenntnisse verfügt“, betont Thomas Hofer, Aufsichtsratsvorsitzender der Diakonie in Niedersachsen. „Mit dieser Besetzung ist der Vorstand des Diakonischen Werks evangelischer Kirchen in Niedersachsen wieder vollständig.“

Nach seiner Promotion an der juristischen Fakultät der Universität Hannover wurde Dr. Jens Lehmann zunächst Leiter des Referats für Dienst- und Arbeitsrecht im Landeskirchenamt der Evangelisch-lutherischen Landeskirche in Braunschweig. Seit 2011 leitet er das Referat für Arbeitsrecht und Bildungsrecht im Landeskirchenamt der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers. Er ist dort zudem stellvertretender Leiter der Rechtsabteilung.

Kirche mit mir

Am 11. März 2018 findet die nächste Kirchenvorstandswahl statt. Begleitet wird sie wieder von einer Kampagne, die helfen soll, Kandidatinnen und Kandidaten zu gewinnen, und auch die Kirchenmitglieder zur Wahl aufruft. Das zentrale Motto lautet diesmal: „Kirche mit mir“. Entwickelt hat das Motto die Hamburger Agentur für Kommunikation „Gobasil“. Sie hat sich damit bei einer Ausschreibung durchgesetzt, die von den fünf evangelischen Kirchen in Niedersachsen veranstaltet wurde.

Die Agentur sieht in dem Wort „mit“ drei Buchstaben, die es „in sich haben“. „Mit“ stehe unter anderem für Gemeinschaft, Teilen, Integration, Vielfalt, Engagement, Motivation und Vorankommen.



Es sei der Inbegriff von Demokratie, Wahl und Beteiligung. So wird das Motto in den nächsten Monaten zahlreiche Publikationen und Materialien prägen, die den Gemeinden zur Verfügung gestellt werden.

Die Kirchenvorstandswahl wird gemeinschaftlich von den fünf evangelischen Kirchen im Land Niedersachsen am selben Tag durchgeführt. Wahlberechtigt sind etwa 2,9 Millionen Kirchenmitglieder in rund 2000 Gemeinden. Gewählt werden insgesamt 16.900 Kirchenvorstandsmitglieder, knapp 3000 in der Landeskirche Braunschweig.

Ordination im Dom

Eine neue Pfarrerin und zwei neue Pfarrer hat Landesbischof Dr. Christoph Meyns im Braunschweiger Dom ordiniert. Er übertrug ihnen ihr Amt in einem besonderen Gottesdienst. Nach dem Vikariat und ihrem Zweiten Theologischen Examen übernehmen sie ihre Stellen zunächst für drei Jahre als Pfarrerin und Pfarrer auf Probe.

Dorit Christ (30) übernimmt eine Pfarrstelle im Pfarrverband Braunschweiger Süden, Bezirk VII (Rautheim). Paul-Gerhard Feilcke (28) betreut die Pfarrstelle Wenzeln mit Brunsen und Einem (Propstei Gandersheim-Seesen). Und Martin Widiger (31) wird eine Pfarrstelle im Kirchengemeindeverband zwischen Harz und Harly in Goslar, Bezirk IV (Bettingerode, Westerode mit Lochtum) übertragen (Propstei Bad Harzburg).



Foto: Agentur Hübner

Paul-Gerhard Feilcke, Dorit Christ, Landesbischof Meyns und Martin Widiger (v.l.).

Neues Reise-Lesebuch

Ein neues Reise-Lesebuch führt an rund 50 Orte der Reformation zwischen Heide, Harz und Leine. Auf sieben Routen können Leser Spuren des Wirkens der Reformatoren und ihrer Zeitgenossen im heutigen Niedersachsen entdecken. Die ausgewählten Wege des Buches „Reformation entdecken“ führen an Kirchen, Klöstern, Schlössern, Plätzen und Museen vorbei.

Das Buch verknüpft auf 160 Seiten Personen und Orte und führt die Leser auf eine Reise durch die ehemals welfischen Lande, vom prachtvollen Bilderzyklus in der Celler Schlosskappelle bis ins südniedersächsische Hann. Münden.

Die sieben Routen folgen dabei jeweils einem Leitthema. Zwischen Bad Gandersheim und Hildesheim widmet sich eine Tour zum Beispiel dem Thema Reformation und Schule. Das in Kooperation mit dem Theologischen Zentrum in Braunschweig entstandene Buch wurde um zahlreiche Fotografien ergänzt. Die Publikation ist im Vorfeld der Reformationsausstellung „Im Aufbruch“ erschienen, die im Mai im Landesmuseum eröffnet wird. | epd



Karin Dzionara:

Reformation entdecken. Kleine Reihe des Braunschweigischen Landesmuseums, Band 9, Sandstein Verlag, 160 Seiten, ISBN: 978-3954982929, 14 Euro.

Fusion gefeiert



Statt wie bisher 13 gibt es seit dem 1. Januar dieses Jahres in der Landeskirche Braunschweig nur noch zwölf Propsteien. Die Propsteien Bad Gandersheim und Seesen haben sich zu einer gemeinsamen Propstei (Gandersheim-Seesen) zusammengeschlossen. Die Fusion

wurde am 4. Februar mit einem Gottesdienst in der Stiftskirche Bad Gandersheim gefeiert. Die Predigt hielt Landesbischof Dr. Christoph Meyns.

Pröpstin Elfriede Knotte (Bad Gandersheim) und Propst Thomas Gleicher (Seesen) bleiben beide im Amt, bis einer von ihnen ausscheidet. Der Amtssitz des Propstes ist künftig Bad Gandersheim, der Verwaltungssitz ist in Seesen. Die neue Propstei hat 33108 Mitglieder und ist damit knapp vor Goslar die zweitgrößte Propstei der Landeskirche - hinter Braunschweig mit 72785 Mitgliedern. Sie verfügt künftig über 20 Pfarrstellen.

Mit Muslimen austauschen



Foto: Agentur Hübner

Ministerpräsident Stephan Weil wünscht sich einen intensiveren interreligiösen Dialog.

Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) hat die christlichen Kirchen aufgefordert, sich stärker im interreligiösen Dialog zu engagieren. Von einem intensiveren Austausch vor allem mit den Muslimen könnten auch Politik und Gesellschaft profitieren, sagte Weil beim Kongress „Religionen, Reformen und gesellschaftlicher Wandel“ in Osnabrück. Die aktuell wachsende Angst und das Unbehagen in der Bevölkerung gegenüber dem Islam zeige, dass es in dieser Beziehung „noch Luft nach oben“ gebe. Das Verhältnis zu den Muslimen im Land „ist noch nicht so unverkrampft wie man sich das wünschen sollte“.

Die Tatsache, dass Moscheen und Gebetsräume noch immer vorwiegend in Hinterhöfen und Gewerbegebieten zu finden seien, „stellt uns ein schlechtes Zeugnis aus“, sagte Weil. Er betonte, den Generalverdacht des Extremismus gegen Muslime empfinde er als zutiefst ungerecht. Politik dürfe aber das Unbehagen in der Bevölkerung nicht einfach ignorieren. So bedaure er zwar, dass es in dieser Legislaturperiode nicht mehr zur Unterzeichnung der eigentlich schon fertigen Verträge mit den muslimischen Verbänden kommen werde. „Aber wir müssen miteinander noch um die Akzeptanz in der Bevölkerung werben.“ | epd



Foto: Agentur Hübner

Ilisabe Schwarz gibt den sozial Benachteiligten in Braunschweig eine Stimme.



An der Seite der Armen

Ilsabe Schwarz engagiert sich seit mehr als 30 Jahren in der Erwerbslosenarbeit. Für sie ist der Kampf gegen soziale Missstände eine Aufgabe der Kirche.

„**Ich wünsche mir** eine Gesellschaft, in der es weder Kinder- noch Altersarmut gibt und in der alle menschenwürdig leben können“, sagt Ilsabe Schwarz. Sie belässt es jedoch nicht allein beim frommen Wunsch, sondern packt für dieses Ziel tatkräftig selbst mit an. Und das nun schon seit mehr als 30 Jahren.

Damals, im Jahre 1985, hatte Pfarrer Rudolf Mercker von der Kreuzgemeinde in Braunschweig-Lehndorf die Erwerbslosengruppe „Zuversicht“ gegründet. Ein Jahr später stieß Ilsabe Schwarz dazu und fand in der Leitung der Gruppe eine Art Lebensaufgabe. „Bei mir hat es klick gemacht, als ich für die Kirchengemeinde eine alleinerziehende Mutter besucht habe“, erläutert die Ruheständlerin ihre Motivation.

Sprachlosigkeit überwinden, sich austauschen und gegenseitig stärken, Dialog auf Augenhöhe, das sind die Ziele, die Ilsabe Schwarz wichtig sind.

Die Wohnung sei kalt gewesen, weil sich die Frau keine Kohlen leisten konnte. Ihr Kind habe mit der kalten Asche des Ofens gespielt, nebenan im Bett die krebserkrankte Oma. „Seitdem schlägt mein Herz für die, die gesellschaftlich am Rande stehen“, sagt Ilsabe Schwarz und versucht stets, Betroffenen Türen zu öffnen.

Die Engagierte weiß selbst nur zu genau, wie sich Arbeitslosigkeit anfühlt. Geboren in Hamburg, kam sie mit 22 Jahren nach Braunschweig. Erste Berufserfahrungen sammelte die junge Frau als Leiterin eines Schulkindergartens für Körperbehinderte. Nachdem ihre beiden Töchter zur Welt gekommen waren, folgten „eine relativ lange Erziehungsphase“, die Scheidung vom Ehemann sowie der steinige Wiedereinstieg als Alleinerziehende ins Berufsleben. Da sich die junge Mutter

bereits in der Kirchengemeinde engagiert hatte, fragte Pfarrer Mercker, ob sie nicht Lust habe, die Erwerbslosengruppe zu leiten. So fing Ilsabe Schwarz 1986 im Rahmen einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme im Bereich der Erwerbslosenarbeit in der Kreuzgemeinde an. Die Trägerschaft wechselte später zur Propstei, dann zum Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt und schließlich zur Frauenhilfe. Dort trat sie Ende März 2013 in den Ruhestand, wirkt seitdem aber ehrenamtlich weiter.

„Kirche braucht Arme, weil sie sonst selbst arm wird“, meint Ilsabe Schwarz, die sich als Teil des Ganzen, also der Gruppe, sieht. Sprachlosigkeit überwinden, sich austauschen und gegenseitig stärken, Dialog auf Augenhöhe – ihr Motto lautet „Hilfe zur Selbsthilfe“. Die Diplom-Sozialpädagogin begleitet bei Behördengängen, spricht mit Politikern über soziale Missstände und gestaltet Ausstellungen, wie zum Beispiel im Braunschweiger Dom.

„Politiker, Verwaltungs- und Kirchenvertreter kennen Schwarz als unbequeme Frau, die in der Sache hart ist, aber gleichzeitig immer durch ihre freundliche, menschliche Art punktet“, schrieb eine Tageszeitung anlässlich ihres Eintritts in den Ruhestand. Dass ihre Stelle nicht wiederbesetzt wurde, kann Ilsabe Schwarz bis heute nicht nachvollziehen.

Überhaupt wären Haushaltsmittel auch für ihre weiterhin ehrenamtliche Arbeit hilfreich: „Es wäre ein Stück Solidarität.“ Neben der Erwerbslosengruppe „Zuversicht“ in Braunschweig betreut sie in der Wolfenbütteler Martin-Luther-Gemeinde auch die Frauengruppe „Lichtblick“ und kämpft mit dieser um die Einführung eines Mobilitickets.

So lange wie möglich will sich die 69-Jährige weiter in der Erwerbslosenarbeit engagieren: „Kraft tanken lassen mich immer wieder meine drei Enkelkinder, mein Foto-Hobby sowie das Skilaufen, Wandern, Radfahren und Reisen mit meinem Lebensgefährten.“

| Michael Siano

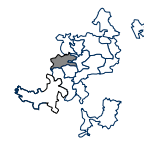
Die Erinnerung wach halten



„Wir trugen die gut bekannte KZ-Kleidung, d.h. aus blau-weiß-gestreiftem Stoff mit derugehöriger Feldmütze aus dem gleichen Stoffersatz, aus Holzfaser. Dieser Stoff war sehr zu empfehlen zu tragen, da er die Haut kratzte. Im Winter hatten wir keine anderen Kleidungsstücke. Der Stoffersatz aus Holzfasern. Dieser Stoff war sehr schwerlich zu tragen, da er die Haut kratzte. Im Winter hatten wir keine anderen Kleidungsstücke.“

„Die Bekleidung war durch die Arbeit in der Industrie sehr schmutzig. Viele Häftlinge haben sich nach der Arbeit nicht gewaschen und sind gleich ins Bett gegangen. Solche Verhältnisse hatten selbstverständlich Haut- und andere Krankheiten zur Folge.“

Quelle: ...



In Salzgitter-Drütte hatten die Nationalsozialisten ein Konzentrationslager auf dem Gelände der Salzgitter AG errichtet. 3000 Häftlinge waren hier zur Zwangsarbeit verurteilt. Viele überlebten ihre Inhaftierung nicht und wurden auf dem Friedhof Jammertal beerdigt. Seit 1994 ist das Lager eine Gedenkstätte.

Populisten attackieren die Grundfesten der parlamentarischen Demokratie. Sie verhöhnern ins Parlament gewählte demokratische Kräfte als „Systemparteien“, Regierungsrepräsentanten als „Volksverräter“ und Medien als „Lügenpresse“. Was nicht zur eigenen Ideologie passt, wird runtergemacht: Andersgläubige, Obdachlose, Homosexuelle, Ausländer. Die Sprache ist geprägt von Verachtung, Ausgrenzung und Hass. Diese Beschreibung passte zum Ende der Weimarer Republik, aber auch der politische Alltag unserer Zeit kennt dafür viele Beispiele.



Foto: Agentur Hübner

Totengedenken auf dem Friedhof Jammertal.

Wohin politische Aggressionen einst führten, wissen die Mitglieder des Arbeitskreises Stadtgeschichte in Salzgitter nur zu genau. Ihr Verein unterhält die Gedenk- und Dokumentationsstätte Konzentrationslager Drütte. „Wir wollen die Erinnerung wach halten“, umreißt Krim Weber-Rothmaler, die erste Vorsitzende des Arbeitskreises, das Ziel.

Ein sonniger, aber kalter Tag im Januar: Während sich am eisig-blauen Himmel gigantische Dampfwolken über dem Stahlwerk der Salzgitter AG auftürmen, führt Gedenkstätten-Leiterin Elke Zacharias durch den historischen Ort. Heute unscheinbar unter einer Hochstraße auf dem Industriegelände gelegen, befanden sich einst vier Unterkunftsblöcke, in denen etwa 3.000 Häftlinge, zumeist junge Männer, zusammengepfertcht waren.

Foto: Agentur Hübner

Fotos: Agentur Hübner



Der Arbeitskreis Stadtgeschichte e.V. sorgt dafür, dass die Erinnerung an die Zwangsarbeiter im ehemaligen Konzentrationslager Salzgitter-Drütte wach gehalten wird.

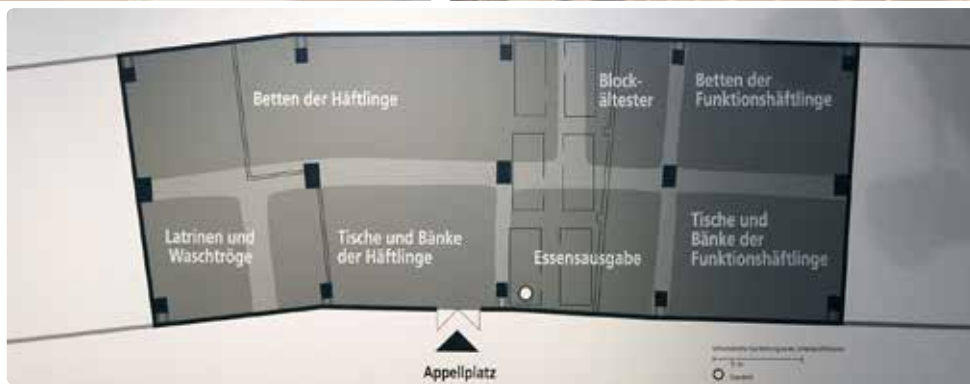


Foto: Agentur Hübner

Für das Konzentrationslager Drütte lassen sich alle von der SS definierten KZ-Haftgruppen nachweisen: „Politische“, „Juden“, „Sinti und Roma“, „Homosexuelle“, „Zeugen Jehova“, „Schwerverbrecher“ und „Asoziale“. Sie stammten aus Frankreich, Holland, Polen, der Sowjetunion und anderen Ländern. Als eines der ersten Außenlager des KZ Neuengamme bei Hamburg wurde es im Oktober 1942 auf dem Werksgelände der damaligen Reichswerke „Hermann-Göring“ eingerichtet.

Einen der vormals vier Unterkunftsräume hat der Salzgitter-Konzern 1992 dem Arbeitskreis Stadtgeschichte zur Verfügung gestellt. Dieser betreibt seit dem 11. April 1994 dort die Gedenk- und Dokumentationsstätte. In Stahlkuben, die den großen Raum unterteilen und in ihren Abmessungen den damaligen Hochbettenkomplexen entsprechen, werden den Besuchern mittels Texten, Fotos und Exponaten der Nationalsozialismus, die Entstehungsgeschichte der Stadt Salzgitter und der Lageralltag eindrucksvoll nahegebracht.

„Aussagen ehemaliger Häftlinge sind ein wesentlicher Bestandteil der Ausstellung“, verdeutlicht Elke Zacharias. „Sie geben den Häftlingen Namen und Gestalt wieder und lassen aus einer anonymen Masse wieder Menschen werden.“ Die Häftlinge arbeiteten überwie-

gend im zwölfstündigen Zweischichtsystem. Verpflegung, Bekleidung, Hygiene und medizinische Versorgung spoteteten jeder Beschreibung. Zwischen Oktober 1942 und April 1945 starben im KZ Drütte mehrere hundert Männer. Einige der KZ-Häftlinge wurden auf dem Friedhof Westerholz beerdigt, die meisten jedoch auf dem sogenannten Ausländerfriedhof Jammertal.

Auf dem Friedhof Westerholz ruhen etwa 1.000 Menschen, die zwischen 1941 und 1943 Opfer der NS-Verbrechen im Salzgittergebiet geworden sind, unter anderem

„Wir wollten ein Gegenpol zur offiziellen Geschichtsbetrachtung der Stadt sein.“

im berüchtigten Arbeitserziehungslager – Lager 21. Auf dem Friedhof Jammertal wurden fast 5.000 Opfer aus mehr als 15 Nationen beigesetzt, darunter Iwan Rusmin und Anna Lubtschinkawo.

Beide starben im Alter von nur 18 Jahren, er am 5. Oktober 1944, sie am 2. Februar 1945. Kleine im Rasen eingefasste Metallplatten zeugen von ihrem Schicksal. Im November 2011 ließ der Arbeitskreis am Friedhofseingang acht Lesepulte mit Metallbüchern aufstellen,



3 Fotos: Agentur Hübner



Foto: Agentur Hübner

darunter fünf mit allen bis heute bekannten Opfernamen. In den Büros des Arbeitskreises, im Alten Dorf von Salzgitter-Lebenstedt, erinnert sich Mitbegründerin und 2. Vorsitzende Eva Freudenstein an die Anfänge: „Unser Verein entstand im Jahr 1982, anlässlich des damals 40. Geburtstages der Stadt Salzgitter.“ Es gab feierliche Vorträge und offizielle Veranstaltungen, nur das Thema Zwangsarbeit kam dabei nie vor. Das änderten erst die evangelische Kirche und die Volkshochschule mit einer eigenen Vortragsreihe über die dunkle NS-Vergangenheit der Stadt.

„Wir wollten ein Gegenpol zur offiziellen Geschichtsbeurteilung der Stadt sein“, erinnert sich Eva Freudenstein. Also wurden alternative Stadtrundfahrten organisiert, aber auch eine KZ-Gedenkstätte an einem authentischen Ort angeregt. Rasch erwuchs eine interessierte Runde aus Lehrern, Gewerkschaftern, Kommunalpolitikern sowie anderen Engagierten. Doch es gab auch Widerspruch von denen, die die Geschichte einfach ruhen lassen wollten. „In einem Leserbrief von damals hieß es zum Beispiel: Die Arbeit des Arbeitskreises ist so überflüssig wie ein Kropf“, zitiert Gedenkstätten-Leiterin Elke Zacharias.

Die Historikerin arbeitet seit 1990 hauptamtlich beim Arbeitskreis. Unterstützt wird sie dabei von Historikerkollegin Maike Weth, die seit 2013 mit einer halben Stelle die Assistenz der Gedenkstättenleitung abdeckt, sowie manchmal Honorarkräften und zwei Pädagogen, die jeweils einen Tag in der Woche für Führungen und pädagogische Arbeiten in der Gedenkstätte KZ Drütte vom niedersächsischen Kultusministerium abgeordnet sind.

Clara Wahl, die beim Arbeitskreis gerade ihr Freiwilliges Soziales Jahr absolviert, forscht zu einer eigenen Projektidee. Darüber hinaus lebt der Arbeitskreis vor allem vom Engagement seiner 150 Mitglieder, darunter Institutionen, zumeist jedoch Einzelpersonen.

Damals wie heute bringen sich die Freiwilligen in die vielen Aktionen und Initiativen des Vereins ein. So bemühte sich der Arbeitskreis Stadtgeschichte gemeinsam mit der IG Metall und dem Betriebsrat der Stahlwerke um die Einrichtung einer Gedenkstätte in den historischen Räumen des ehemaligen KZ Drütte auf dem Werksgelände der Stahlwerke Peine-Salzgitter AG. Am 11. April 1985 organisierte der Betriebsrat dort die erste Gedenkfeier, die seitdem jährlich auf dem ehemaligen Appellplatz stattfindet.

Nach anfänglichem Widerstand stimmte der Konzern 1992 einer Gedenkstätte zu. Da feierte die Stadt bereits ihr 50-jähriges Bestehen; diesmal allerdings mit etwa 170 Menschen aus ganz Europa, die die Stadt selbst noch als Zwangsarbeiter kannten. Organisiert hatte dieses Treffen ebenfalls der Arbeitskreis Stadtgeschichte.

Doch die Generation der Opfer stirbt aus. Vermehrt melden sich die Kinder und Enkel der früheren Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge: „Wir bekommen Anfragen aus den USA, Kanada, Australien und Neuseeland“, bestätigt Elke Zacharias. Der Arbeitskreis verwahrt heute auch viele persönliche Gegenstände von Häftlingen, so zum Beispiel den Löffel des belgischen KZ-Häftlings Walter Riga.

Angesichts neuer nationalistischer Töne weltweit sind die Mitglieder des Arbeitskreises Stadtgeschichte gewiss, dass ihre Aufgabe wichtiger ist denn je. Dafür vernetzen sie sich weiter mit anderen Gedenk- und Forschungseinrichtungen, sammeln Spenden und beantragen Fördermittel.

| Michael Siano

Kontakt

Arbeitskreis Stadtgeschichte e.V./
Gedenk- und Dokumentationsstätte KZ Drütte
Wehrstraße 29
38226 Salzgitter-Lebenstedt
Tel.: 05341/4 45 81
info@gedenkstaette-salzgitter.de

Integration bleibt das Ziel

Der staatliche Bildungsauftrag überwiegt im Zweifelsfall gegenüber dem individuellen Recht auf Religionsfreiheit. Diese Auffassung vertritt die niedersächsische Kultusministerin Frauke Heiligenstadt im Interview mit den „Evangelischen Perspektiven“. Eine Gesichtsverschleierung in der Schule lehnt sie grundsätzlich ab.

Evangelische Perspektiven: Der konfessionelle Religionsunterricht ist nicht mehr selbstverständlich in einer zunehmend multireligiösen Gesellschaft. Warum hält das Land Niedersachsen an diesem Modell fest?

Kultusministerin Frauke Heiligenstadt: Wir gewährleisten damit den verfassungsrechtlichen Anspruch der Schülerinnen und Schüler. Abgesehen davon halte ich den konfessionellen Religionsunterricht nach wie vor für notwendig, weil wir in einer immer heterogener werdenden Gesellschaft nicht weniger religiös werden. Im Gegenteil, Studien belegen, dass die Religion für viele Menschen eine wichtige Rolle spielt. Vor diesem Hintergrund müssen wir den Schülerinnen und Schülern für ihre Fragen nach dem Sinn des Lebens ein gutes Forum bieten. Unter staatlicher Aufsicht und mit staatlich ausgebildeten Lehrkräften, die entsprechend kompetent sind.

Frauke Heiligenstadt

Frauke Heiligenstadt (50), ist seit Februar 2013 Niedersächsische Kultusministerin. Seit 2003 gehört sie für die SPD dem Niedersächsischen Landtag an. Davor war sie seit 1994 Leiterin des Amtes für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften bei der Stadt Northeim. Von 1999 bis 2006 amtierte sie außerdem als Ortsbürgermeisterin von Gillersheim (bei Northeim). Nach dem Abitur absolvierte Frauke Heiligenstadt eine Ausbildung zur Diplom-Verwaltungswirtin (FH) bei der Stadt Northeim und der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege in Hannover.



www.mk.niedersachsen.de

Andere Bundesländer wie Bremen oder Brandenburg versuchen allerdings, den Erwerb religiöser Kompetenz mit anderen Modellen zu gewährleisten.

Wichtig ist nicht nur die reine religiöse Wissensvermittlung, sondern auch die Diskussion der Lebensfragen aus einer religiösen Binnenperspektive. Das geht gut in der eigenen Religion, wenn man durch kompetente Lehrkräfte begleitet wird. Daran etwas grundsätzlich zu ändern, halte ich im Moment nicht für notwendig. Zumal wir auch den konfessionell-kooperativen Religionsunterricht für evangelische und katholische Schülerinnen und Schüler anbieten. Außerdem schließt unser Modell den interreligiösen Dialog überhaupt nicht aus, sondern befördert ihn meines Erachtens.

Wie beurteilen Sie die aktuelle Entwicklung des islamischen Religionsunterrichts?

Der islamische Religionsunterricht ist 2013 nach einer zehnjährigen Erprobungsphase eingeführt worden. Momentan nehmen daran über 3000 Schülerinnen und Schüler an mehr als 60 Schulen teil. Hier gilt das Gleiche wie für den für den evangelischen und katholischen Religionsunterricht, was den Erwerb religiöser Kompetenz angeht. Ich halte es für richtig, dass wir den islamischen Religionsunterricht weiter ausbauen, auch weil er ein wichtiges Element bei der Prävention gegen Radikalisierungen darstellt.

Um eine ausreichende Unterrichtsversorgung beim Religionsunterricht zu gewährleisten, schließt das Land Gestellungsverträge mit den Kirchen, so dass auch Pfarrer Unterricht erteilen können. Wie wichtig ist diese Möglichkeit?

Unser Ziel ist es, ausreichend ausgebildete Lehr-

kräfte für den Religionsunterricht zu gewinnen. Deswegen stellen wir auch bevorzugt Lehrerinnen und Lehrer mit dem Fach Religion ein. Allerdings ist die Situation auf dem Lehrerarbeitsmarkt angespannt. Wir stellen derzeit so viele Lehrkräfte wie schon lange nicht mehr ein und finden trotzdem nicht genug Personal. Mit der Folge, dass der Bedarf an Religionsunterricht nicht an allen Standorten gedeckt werden kann. Deswegen brauchen wir die katechetischen Lehrkräfte, die uns die Kirchen zur Verfügung stellen. Das sind derzeit rund 230 Personen in ganz Niedersachsen. Angesichts von insgesamt rund 85.000 Lehrerinnen und Lehrern ist das nur ein kleiner aber wichtiger Anteil.

Die Gestellungsverträge sind also kein Auslaufmodell?

Nein, wir suchen ja händeringend Lehrkräfte und sind deswegen froh, dass es die Möglichkeit gibt, Katecheten für den Religionsunterricht zu gewinnen. Sie bereichern auch das Schulleben, weil sie nochmal eine andere Perspektive in die Schulen bringen.

In einer zunehmend multireligiösen Gesellschaft ist die Schule zu einem Konfliktfeld geworden. Ein Beispiel dafür ist die Frage, ob sich muslimische Mädchen in der Schule vollständig verschleiern dürfen. Die Landesregierung ist dagegen. Verstößt sie damit gegen das Recht auf freie Religionsausübung?

Ihre Analyse, Schule als Konfliktfeld teile ich nicht.

Und um den Eindruck gerade zu rücken: Vollständig verschleierte Schülerinnen sind kein Massenphänomen. Es gibt lediglich Einzelfälle. Als Landesregierung betrachten wir das Tragen eines Kopftuches im Unterricht im Rahmen der Religionsfreiheit für möglich. Nicht akzeptabel ist die Gesichtverschleierung, die aber bisher nur in einem einzigen Fall zu einem Konflikt geführt hat – bei rund 840.000 Schülerinnen und Schülern in Niedersachsen.

Was ist, wenn sich Schülerinnen nicht überzeugen lassen?

Wir haben es hier mit zwei konkurrierenden Grundrechten zu tun: mit dem Recht auf freie Religionsausübung auf der einen Seite und dem staatlichen Bestimmungsrecht im Schulwesen nach Artikel 7 Abs. 1 GG auf der anderen. Sie müssen gegeneinander abgewogen werden. Die Gesichtverschleierung verhindert ein konstruktives Unterrichtsgespräch und ist mit dem Schulgesetz nicht vereinbar.

Das heißt, der Staat setzt in der Abwägung der Grundrechte seinen Bildungsauftrag durch?

Der staatliche Bildungsauftrag überwiegt nach unserer Auffassung in Fällen wie dem vorliegenden gegenüber dem individuellen Recht auf Religionsfreiheit. Die Schulpflicht insgesamt grenzt ja bereits die Freizügigkeit von Menschen ein. Sie dient der Persönlichkeitsentwicklung von Schülerinnen und Schülern.

Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes ist es muslimischen Lehrerinnen erlaubt, mit Kopftuch zu unterrichten. Haben Sie Erkenntnisse, wie viele Lehrerinnen in Niedersachsen davon Gebrauch machen und welche Auswirkungen das gegebenenfalls auf den Schulfrieden hat?

Wir erheben keine Zahlen, wir wissen aber, dass einige Lehrerinnen ein Kopftuch im Unterricht tragen, was bisher zu keinen besonderen Vorkommnissen an den niedersächsischen Schulen geführt hat. Nach unserer derzeitigen Erkenntnis gibt es hier keine Probleme. Manche Themen spielen in der politischen und medialen Diskussion eine größere Rolle als im realen Leben.

Die Landesregierung hat die Verhandlungen mit den islamischen Verbänden DITIB, Schura und der Alevitischen Gemeinde über einen Vertrag mit dem Land Niedersachsen im Januar ausgesetzt. Sind dadurch negative Folgen für die Integration zu befürchten?

Menschen muslimischen Glaubens sind ein wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft, sie gehören zu Niedersachsen. Deswegen ist es unser Ziel, die Integration zu för-



dern. Dazu sollten die Verträge dienen. Dass wir gemeinsam mit den muslimischen Verbänden zu der Überzeugung gelangt sind, die Vertragsverhandlungen bis zum Ende der Legislaturperiode auszusetzen, liegt vor allem daran, dass wir das Thema nicht in den Wahlkampf ziehen wollen. Wir wollen eine möglichst breite parlamentarische und gesellschaftliche Mehrheit für dieses Ziel. Das gelingt nicht, wenn die Verträge zum Gegenstand politischer Auseinandersetzung in Wahlkämpfen werden.

Foto: Agentur Hübner



Sieht die Kirchen als gute Partner: Frauke Heiligenstadt.

Das heißt, Sie halten an einem Vertragsabschluss fest?

Die aktuelle Entwicklung hat sicherlich insbesondere auf der muslimischen Seite zu Enttäuschungen geführt, aber wir haben das Ziel nicht aus den Augen verloren. Wir wollen im Sinne einer gelingenden Integration und einer Würdigung der muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürger zu einem Abschluss mit den Verbänden kommen. Aber frei von parteipolitischen Auseinandersetzungen.

Haben Zweifel an der Unabhängigkeit der DITIB vom türkischen Staat keine Rolle gespielt?

Die Gesamtumstände sind seit Juni letzten Jahres und den Veränderungen in der Türkei nicht leichter geworden. Entscheidend ist, dass unsere Vertragspartner klar machen können, dass sie religiös selbstbestimmt und damit unabhängig von der Türkei sind, denn wir wollen mit ihnen ja wichtige Kooperationen eingehen, in denen das Thema Eigenständigkeit sehr wichtig ist.

Das Verhältnis zwischen den evangelischen Kirchen und dem Land Niedersachsen ist durch den Loccumer Staatskirchenvertrag von 1955 geregelt. Er ist von Partnerschaft zwischen Staat und Kirche geprägt, bei gleichzeitiger Unabhängigkeit beider voneinander. Kritiker sprechen indessen von einer mangelnden weltanschaulichen Neutralität des Staates. In wie fern ist diese Kritik berechtigt?

Unser Grundgesetz verlangt den weltanschaulich neutralen Staat und die Unabhängigkeit des Staates von der Kirche. Gleichzeitig gewährt das Grundgesetz den Kirchen das Recht, sich selbst zu ordnen und zu verwalten. In dieser Unabhängigkeit voneinander arbeiten Staat und Kirche aber vertrauensvoll zusammen. In Gestalt des Loccumer Vertrages ist dieses Wechselspiel nirgendwo besser abgebildet. Er war beispielgebend für alle anderen Staatskirchenverträge in Deutschland. Das gleichberechtigte Miteinander von Staat und Kirche war eine wichtige Voraussetzung für viele positive Entwicklungen in unserem Land. Sei es im Bildungs- und Gesundheitswesen oder auch in der Flüchtlingsarbeit.

Sie erleben die Kirchen nicht als übergreifig?

Nein, als Kultusministerin erlebe ich das Verhältnis zu den Kirchen als gute und partnerschaftliche Zusammenarbeit auf Augenhöhe. Die Kirchen sind oft Ansprechpartner für uns in ethischen Fragestellungen, und wir beobachten ihre Positionierungen gerade auch in den aktuellen gesellschaftlichen Diskussionen um die Spaltung unserer Gesellschaft oder den Vorurteilen gegenüber Flüchtlingen. Ich kann mir eine laizistische Ordnung für unser Land nicht gut vorstellen.

Der Loccumer Vertrag ist allerdings ein klassischer Staatskirchenvertrag. Reicht das noch angesichts einer zunehmend multireligiösen Gesellschaft?

Wir haben ja auch Vereinbarungen mit dem Humanistischen Verband oder dem Landesverband der jüdischen Gemeinden. Wir streben, wie beschrieben, eine Vereinbarung mit den muslimischen Verbänden an. Natürlich können wir als Staat nicht nur Partner der Kirchen sein, sondern müssen auch ein vertrauensvolles Verhältnis zu anderen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften pflegen.

Die evangelischen Kirchen werden in Niedersachsen gegenüber dem Land von der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen vertreten. Diese hat sich vor einigen Jahren neu aufgestellt, um politisch wirksamer zu werden. Welche Bedeutung messen Sie der Konföderation bei?

Die Konföderation ist für uns eine wichtige, konstruktive Gesprächspartnerin. Wir arbeiten mit der Geschäftsstelle sehr gut zusammen. Dafür gibt es viele Beispiele: das Bündnis „Niedersachsen packt an“ etwa, wo es um die Hilfe für Flüchtlinge geht. Oder bei Fragen zum Religionsunterricht und Schulen in freier Trägerschaft. Und auch bei den Entwürfen zu den Verträgen mit den muslimischen Verbänden haben wir wichtige Hinweise von der Konföderation erhalten, aber auch viel Unterstützung.

l mic

„Wie helfen die Mitarbeitervertretungen, Konflikte in der Kirche zu lösen?“

Eine Antwort von Holger Mielich, Vorsitzender des Gesamtausschusses der Mitarbeitervertretungen der Landeskirche Braunschweig



Foto: Privat

In Kirche und Diakonie sorgen Mitarbeitervertretungen dafür, dass die Interessen der Beschäftigten gewahrt bleiben. Die Einrichtungen sind vergleichbar mit Personalvertretungen, die nach dem Betriebsverfassungsgesetz gewählt werden.

In der Landeskirche Braunschweig ist ein Gesamtausschuss der Ansprechpartner für rund 40 Mitarbeitervertretungen. Der Gesamtausschuss macht sich stark für die flächendeckende Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und unterstützt die Mitarbeitervertretungen im Braunschweiger Land.

Denn der Zusammenschluss mehrerer kleiner Mitarbeitervertretungen zu größeren Einheiten ist sinnvoll und sollte die Regel sein. Gerade Neuordnungen durch die Bildung von Gestaltungsräumen und Fusionen bieten Chancen auf ein besseres Miteinander. Ein wichtiges Thema dabei ist die wachsende Arbeitsverdichtung für die Mitarbeitenden.

Entscheidend ist die partnerschaftliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den Dienststellenleitungen und allen Mitarbeitenden, wie sie im Mitarbeitervertretungsgesetz festgelegt ist: Alle in der Kirche Beschäftigten wirken gemeinsam an dem Auftrag mit, den kirchlichen Dienst nach dem Evangelium in Wort und Tat auszuführen.

Da Mitarbeitervertretungen von den Beschäftigten gewählt werden, sind ihre Mitglieder nahe bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und können von Konflikten, Sorgen und Nöten frühzeitig erfahren. Durch regelmäßige Gespräche mit den Dienststellenleitungen tragen sie dazu bei, gute Lösungen zu finden. Das geschieht unter Wahrung absoluter Verschwiegenheit und in dem Verständnis, die Dienstgemeinschaft zu fördern.

Das Mitarbeitervertretungsgesetz beschreibt die Arbeitsschwerpunkte: Dazu gehört es, bei Einstellungen mitzuwirken, die Gestaltung von Dienstplänen und Urlaubsplanungen zu begleiten oder das betriebliche Vorschlagswesen mitzugestalten. Stets lautet das zentrale Motto: Konflikte durch Dialog vermeiden. Vor diesem Hintergrund müssen präventive Maßnahmen in Zukunft noch stärker in den Blick genommen werden.



www.landeskirche-braunschweig.de/mitarbeitervertretung



Neue Heimat Kirche

Flüchtlinge aus dem Iran bereichern das Gemeindeleben der Frankenerger Kirche. Sie haben ihre alte Heimat aus religiösen Gründen verlassen, weil sie als Christen verfolgt wurden. In Goslar fühlen sie sich willkommen.

Für ein lebendiges und offenes Gemeindeleben war die Frankenerger Kirche in Goslars Altstadt schon immer bekannt. Doch seit einigen Monaten hat sich die Atmosphäre in der ehemaligen Klosterkirche noch einmal grundlegend verändert. Die Besucher des Gottesdienstes begrüßen sich mit Küsschen und Umarmungen, die Kirchenbänke sind gut gefüllt und die Lesungen sind auch auf Farsi zu hören, der persischen Sprache.

In der Frankenerger Kirche haben zahlreiche Flüchtlinge aus dem Iran eine neue kirchliche Heimat gefunden. „Und sie haben unser Gemeindeleben unglaublich bereichert“, sagt Pfarrerin Annemarie Pultke. Am 6. Januar, zu Epiphania, hat sie 17 Erwachsene und zwei Kinder aus dem Iran nach dem Besuch eines mehrwöchigen Kurses getauft.

Sie alle haben ihre Heimat aus religiösen Gründen verlassen, weil sie als Christen im Iran verfolgt wurden. Ihr Schicksal spiegelt sich in vielen der sehr persönlichen Taufsprüche wider. So wie bei Ali Nazeri, einem 21-jährigen jungen Mann, der in seiner Heimat studiert hat und an einem langen Tisch in dem Gebäude des „Kleinen Heiligen Kreuzes“ auf Deutsch von den Repressalien und von den Erlebnissen seiner Flucht berichtet.

In Goslar hat er im kirchlichen Café International Kontakt zu anderen Christen geknüpft, den Taufkursus besucht und sich von Annemarie Pultke taufen lassen. Er gehört zu den regelmäßigen Besuchern des Gottesdienstes und ist „sehr stolz darauf, aus der Bibel laut und deutlich zu lesen.“ Im Iran, so berichtet die Pfarrerin, schreibe der Staat den Islam als Staatsreligion vor. Wer zum Christentum konvertieren will, dem drohe die Todesstrafe. Die Bibel und christliche Schriften seien verboten, würden jedoch unter der Hand weitergereicht. In sogenannten „Hauskirchen“, bei geheimen privaten Treffen, seien die Menschen zusammen, um miteinander zu beten und die Heilige Schrift zu lesen.

Werde jemand verdächtigt, die Hauskirchen zu besuchen, komme es zu Verfolgungen und Verhören, die Angehörigen würden massiv unter Druck gesetzt und oft folge der Verlust des Arbeitsplatzes. Vor allem junge, gut ausgebildete Familien und Paare, so hat die Pfarrerin beobachtet, verlassen daher den Iran. „Sie hoffen, vom christlichen Glauben getragen zu sein und halten an



Iranische Christen haben in Goslar eine kirchliche Heimat gefunden. Pfarrerin Annemarie Pultke hat viele von ihnen getauft.



Foto: Privat

Jesus Christus fest, für den sie alles aufgegeben haben.“

Auch Narges Takallo Bighash und ihr Ehemann Mahmood Masoomi sind aus dem Iran geflüchtet und haben sich im Januar taufen lassen. Obwohl die beiden erst seit dem vergangenen Sommer in Deutschland sind und noch keine Deutsch-Kurse besucht haben, können sie sich bereits in der fremden Sprache verständigen.

„Das haben wir vor allem im Internet gelernt“, sagt die junge Frau stolz. Beide haben im Iran studiert und dort gearbeitet. Mahmood Masoomi war der Leiter von sieben Filialen einer Lebensmittelkette, Narges Takallo Bighash arbeitete als Buchhalterin. In Goslar müssen sie noch einmal ganz neu anfangen, denn ihre Abschlüsse werden nicht anerkannt.

Bewegt berichtet Narges Takallo Bighash über die freundliche und offene Aufnahme in der Gemeinde: „Wer seid ihr? Wo kommt ihr her? Was braucht ihr?“ Viele Mitglieder der Gemeinde haben die Flüchtlinge unterstützt, mit Fahrrädern und Betten, Kleiderschränken, Töpfen und Computern. „Ich habe sogar eine Gitarre geschenkt bekommen“, freut sich Ali. Doch auch die die Frankfurter Kirche wurde beschenkt. Die Fragen der neuen Gemeindemitglieder nach dem Leben als Christen oder der Interpretation von Bibelstellen hat viele zum Nachdenken angeregt. „Ich lese die Bibel und vor allem die Paulus-Briefe heute ganz anders“, sagt Annemarie Pultke.

„Die Begegnungen mit den Flüchtlingen bringen uns in der Gemeinde in Bewegung und ins Nachdenken über die Kostbarkeit und die zentralen Inhalte unseres christlichen Glaubens.“

| Rosemarie Garbe

Getaufte Flüchtlinge

In der Frankfurter Kirche sind bisher rund 50 Flüchtlinge aus dem Iran getauft worden. Sie alle haben Taufkurse besucht, die anfangs auf Englisch gehalten und in Farsi übersetzt wurden. Zu den Inhalten gehören Informationen über den christlichen Glauben, Jesus Christus und die Bibel. Vaterunser, Glaubensbekenntnis und zentrale Bibeltexte werden in Farsi und auf Deutsch gelesen. Neu ist ein Bibelgesprächskreis für getaufte Flüchtlinge.

| roga

Luthers Lauffeuer

Der Göttinger Kirchenhistoriker Thomas Kaufmann beschreibt die Reformation als europäisches Ereignis.

Die Reformation war im Kern, was wir kaum noch sagen mögen: eine durch und durch anti-katholische Bewegung. Für Martin Luther und die Reformatoren seiner Zeit war der Papst der Anti-Christ. Verfälschte er doch nach ihrer festen Überzeugung die Wahrheit der christlichen Lehre. Schon bald nach der Veröffentlichung der 95 Thesen zeigte sich, dass Luthers Kritik am Ablasswesen viel grundstürzender war, als er selbst anfangs dachte. Denn er attackierte damit nicht nur eine einzelne Fehlentwicklung in der Kirche, sondern ihr sakramentales Selbstverständnis.

Luthers Kirchenkritik war die Folge seines intensiven Bibelstudiums. Auf der Suche nach dem Seelenheil hatte er die Heilige Schrift als normatives Zeugnis der christlichen Botschaft entdeckt. Daran mussten sich für ihn alle anderen Zeugnisse des Glaubens messen lassen, mochten sie in der Tradition auch noch so große Bedeutung erlangt haben.

Nahm die Schrift eine derart zentrale Position ein, kam der persönlichen Auseinandersetzung mit ihren Aussagen ebenfalls entscheidende Bedeutung zu. Weder die Tradition noch kirchliche Autoritäten hatten für Luther die Deutungshoheit über das, was im Glauben wahr oder falsch ist, sondern einzig und allein Gottes Wort selber, wie es in der Bibel offenbart ist. In diesem Bewusstsein stand er 1521 vor dem Reichstag zu Worms und wollte seine Lehre nicht widerrufen, es sei denn, er würde durch die Heilige Schrift selber widerlegt.

Tief im ausgehenden Mittelalter deutete sich hier der Aufstieg des modernen Bewusstseins an, der Auszug des Individuums aus klerikaler und obrigkeitlicher Bevormundung und dessen Streben nach einem selbstverantworteten Leben. Der Weg dahin war freilich weit und sollte weitere Jahrhunderte in Anspruch nehmen. Er war gleichzeitig geprägt von zahlreichen Einflüssen und Entwicklungen. Genau das beschreibt der Göttinger Kirchenhistoriker Thomas Kaufmann in seinem Buch „Erlöste und Verdammte“. Ein Werk, das ohne Zweifel zum Besten gehört, was das Reformationsjubiläum hervorgebracht hat.

Denn Kaufmann gelingt es, die Reformation als Abfolge unterschiedlicher Ereignisse deutlich zu machen, die erst



Thomas Kaufmann: Erlöste und Verdammte.

Eine Geschichte der Reformation. Verlag C.H. Beck, München 2016, 508 Seiten, mit 103 Abbildungen, 26,95 Euro.

alle zusammen genommen ihren historischen Erfolg erklären. Zwar stellt auch für ihn Luthers theologische Erkenntnis den Funken dar, der das Feuer entfacht. Dass es aber zu einem Lauffeuer wurde, lag an besonderen politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und nicht zuletzt publizistischen Rahmenbedingungen. Ohne sie wäre die Reformation kaum eine geistige Zeitenwende geworden.

Es wird deutlich, wie stark Luthers Theologie im Konflikt mit den Gegnern entstand.

Und doch kommt Kaufmann immer wieder auf die Zentralgestalt zurück, denn: „Ohne die Person Martin Luthers kann eine Geschichte der Reformation nicht erzählt werden.“ Und so mag es nicht verwundern, wenn ihm Schilderungen des Reformators besonders lebendig, spannend und lehrreich geraten. Zum Beispiel mit Blick auf dessen publizistisches Wirken. Es wird deutlich, wie stark Luthers Theologie im Konflikt mit seinen Gegnern entstand. Ja, mehr als das, wie sehr sein publizistisches Wirken eine Art frühmoderne Öffentlichkeit erzeugte, die von den herrschenden Autoritäten nicht mehr eingeholt werden konnte.

Luther, so Kaufmann, „schrieb um sein Leben“. Und zwar erfolgreich, Denn gestützt durch die europäischen Netzwerke des Buchhandels erzielten seine Werke hohe Auflagen, machten ihn weithin bekannt und stimulierten Leser, ebenfalls reformatorische Schriftsteller zu werden. So nahmen die neuen Ideen ihren Lauf. Gleichzeitig aber beschreibt Kaufmann, wie sehr auch die Reformatoren noch dem Mittelalter verhaftet waren. So blieben sie zum Beispiel davon überzeugt, dass ein Territorium nur eine Konfession haben sollte. Von unserer modernen Vorstellung von Religionsfreiheit oder gar einem säkularen Staat waren sie meilenweit entfernt.

Ihnen ging es darum, den wahren, wiederentdeckten Glauben durchzusetzen. Schließlich erwarteten sie das Ende aller Zeiten in nicht allzu weiter Ferne. Apokalyptische Geister aber neigen zum Fundamentalismus. Manchmal ist die Geschichte lehrreicher als uns lieb ist. | mic

Ökumene braucht Bekenntnis

Im Dialog mit der römisch-katholischen Kirche kommt der lutherischen Kirche eine besondere Bedeutung zu.

Der Protestantismus, das sind viele. Viele Konfessionen. Wir können sie alle als evangelisch bezeichnen, doch damit verschleiern wir mehr als wir erklären. Denn Konfession heißt Bekenntnis. Eines der bekanntesten Bekenntnisse ist die Augsburger Konfession, die grundlegende lutherische Bekenntnisschrift aus dem Jahr 1530. Die Reformation setzte eine religiöse Emanzipation in Gang, die im Laufe der Jahrhunderte zu vielen weiteren Konfessionen führte. Denn das Ideal war fortan der mündige Christ, der seinen Glauben durch theologische Urteilsfähigkeit und Gewissensentscheidungen selber verantwortet.

Werfen wir heute einen Blick auf die Landkarte des Protestantismus, entdecken wir eine Vielzahl von Bekenntnissen und Kirchen. Schon die verfasste evangelische Kirche in Deutschland ist kein einheitliches Phänomen. In den 20 Mitgliedskirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) finden sich unterschiedliche Bekenntnisstraditionen: lutherische, reformierte und unierte.

Deswegen heißt es in Artikel 1 der Grundordnung der EKD: „Die Evangelische Kirche in Deutschland ist die Gemeinschaft ihrer lutherischen, reformierten und unierten Gliedkirchen. Sie versteht sich als Teil der einen Kirche Jesu Christi.“ Was sich so klar und folgerichtig anhört, ist allerdings in den vergangenen Jahren Gegenstand kirchenpolitischer Auseinandersetzungen geworden. Denn die EKD möchte in Zukunft nicht mehr nur eine „Gemeinschaft“ von Kirchen, sondern selber „Kirche“ sein.

Sie verspricht sich davon unter anderem eine Stärkung ihres Profils in der Öffentlichkeit und auch im ökumenischen Gespräch. Denn in der Tat stellt sich die Frage, mit welcher Verbindlichkeit die EKD von Fall zu Fall sprechen kann.

Neben ihr gibt es ja auch noch die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands (VELKD), die nicht nur eine Gemeinschaft lutherischer Kirchen, sondern selber Kirche ist, weil ihr ein klares Bekenntnis zugrunde liegt. Nicht zu vergessen die reformierten Kirchen und Gemeinden, die im Reformierten Bund zusammengeschlossen sind. Und auch die Gemeinschaft der unierten Kirchen existiert fort.

Sie alle sind die Vereinigungen von selbstständigen Kirchen und Gemeinden, die sich als Körperschaften öffentlichen Rechts selber leiten, ordnen und verwalten. Zu ihnen gehört auch die Evangelisch-lutherische Landeskirche in Braunschweig. Die Landeskirchen sind für ihr jeweiliges Gebiet immer noch die entscheidenden kirchlichen Akteure.

Gleichwohl ist das föderale Gefüge zwischen EKD, Kirchenbünden, Landeskirchen und Gemeinden seit einigen Jahren von Veränderungen geprägt. Vor allem durch das sogenannte Verbindungsmodell. Es sorgt zunehmend für gleichlautende Gesetze und soll den Gleichklang kirchlichen Handelns fördern. Zugunsten einer „Zentrale EKD“, wie manche Beobachter sorgenvoll meinen.

Die allerdings verspürt gerade in diesem Jahr des Reformationsjubiläums Rückenwind. Mit Luther auf vielen Kanälen, Plattformen und Bühnen ist die EKD so präsent wie selten. Gerade auch in ökumenischer Absicht. Großen Anteil daran hat nicht zuletzt der Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm. Ob er zusammen mit dem Vorsitzenden der katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, ins Heilige Land pilgert oder den Heiligen Vater in Rom besucht.

Allerdings hat der Papst deutlich gemacht, dass er vor allem das ökumenische Gespräch mit der lutherischen Kirche sucht. Zuletzt war seine Teilnahme am Reformationsgedenken des Lutherischen Weltbundes (LWB) am 31. Oktober 2016 im schwedischen Lund ein Zeichen dafür. Kirchenpolitisch stellte es den EKD-weiten Auftakt des Reformationsjubiläums in Berlin am selben Tag in den Schatten.

Das Ereignis zeigt, dass der deutsche Blick auf die Ökumene nicht ausreicht. Denn das griechische Wort Ökumene bedeutet: der ganze bewohnte Erdkreis. Es verweist auf die weltweite Perspektive des christlichen Glaubens. Die aber wohnt gerade dem Katholizismus seit Jahrhunderten inne. Fortschritte im evangelisch-katholischen Dialog dürften deshalb nur dann zu erwarten sein, wenn die evangelische der katholischen Kirche mit einem klaren Bekenntnis in einem globalen Horizont begegnet.

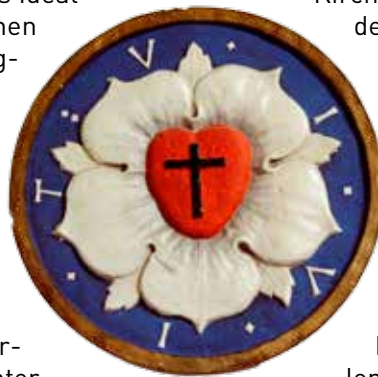


Foto: epd-bild/Norbert Neetz

Abend der Begegnung



Foto: Agentur Hübner



Foto: Agentur Hübner

Im Zeichen des Reformationsjubiläums stand der „Abend der Begegnung“ der Landeskirche im Braunschweiger Dom. Die Kurrenden eins und zwei der Domsingschule präsentierten Ausschnitte aus dem Musical „Martin Luther“ von Domkantor Gerd-Peter Münden und Textautorin Brigitte Antes. Und der Schauspieler Andreas Jäger rezitierte ausgewählte Texte des Reformators.

Einblicke in die Vorbereitung der Reformationsausstellung „Im Aufbruch“ (Eröffnung 7. Mai 2017) boten Oberlandeskirchenrat Thomas Hofer, Dr. Heike Pöppelmann, Direktorin des Braunschweigischen Landesmuseums, und Dieter Rammler, Direktor des Theologischen Zentrums.

In seiner Andacht rief Landesbischof Dr. Christoph Meyns dazu auf, die Grundentscheidungen der Reformation als kulturelles Erbe lebendig zu halten. Aus dem Zuspruch des Evangeliums ergebe sich ein entschiedener Widerspruch gegen alle Ideologien, „die Egoismus und Hass predigen und mit Lügen, Angstmacherei und der vorurteilsbeladenen Abwertung von Menschen arbeiten“. Das gelte für Ideologien islamistischer Herkunft genauso wie für nationalistische oder völkische Ideen.

Zu dem traditionellen Jahresempfang trafen sich wieder rund fünfhundert Personen aus Politik und Wirtschaft, Kirche und Gesellschaft, Wissenschaft und Kultur.

Lutherischen Weltbund besucht

Theologische Gespräche über das Reformationsjubiläum standen im Mittelpunkt einer Reise von Landesbischof Dr. Christoph Meyns zum Lutherischen Weltbund (LWB) in Genf. Begleitet wurde er von Oberlandeskirchenrat Thomas Hofer, Oberlandeskirchenrat Hans-Peter Vollbach, Oberlandeskirchenrat Dr. Jörg Mayer, Pfarrer Lennart Kruse, Persönlicher Referent des Landesbischofs, und Oberkirchenrat Norbert Denecke, Geschäftsführer des Deutschen Nationalkomitees des LWB. Empfangen wurde die Delegation vom Generalsekretär des LWB, Pfarrer Martin Junge. Er informierte unter anderem über die Flüchtlingshilfe des Lutherischen Weltbundes in vielen Krisenregionen der Welt. Der LWB vertritt 145 Mitgliedskirchen in 79 Ländern mit rund 70 Millionen lutherischen Christen.

Norbert Denecke, Dr. Jörg Mayer, Dr. Christoph Meyns, Martin Junge, Hans-Peter Vollbach, Lennart Kruse und Thomas Hofer (v.l.).



Foto: LWF/S. Gallay

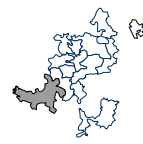


Foto: Agentur Hübner

Elfriede Knotte

„Meine Wurzeln sind Teil der großen Wurzel, die mich hält und zu deren Halt ich beitrage.“

Junge Menschen in einer Gesprächsrunde in der Kirche: Hier habe ich meinen Glauben gefunden. Ohne die Zeit hier, wäre ich in meiner Persönlichkeit nicht das, was ich heute bin. Ich habe meine Gaben entdeckt. Meine Kommunikation ist von der Arbeit hier nachhaltig geprägt. Mein Traum von Kirche ist im Alltag der Arbeit oft gefährdet oder verletzt. Aber er ist auch beglückend wahr: Menschen finden Zuflucht. Im gemeinsamen Tun finden wir Gemeinschaft über soziale- und auch Glaubensgrenzen hinweg. Das erlebe ich gerade. Viele Menschen kenne ich, weil ich dazugehöre. Ich gehöre zusammen mit Menschen in der ganzen Welt, die beten und eintreten für die Würde jedes Menschen, die Würde der Schöpfung und die Hoffnung auf Frieden und Gerechtigkeit. Meine Wurzeln sind Teil der großen Wurzel, die mich hält und zu deren Halt ich beitrage. Ich kann und muss mein Gewissen schärfen, kann und muss Verantwortung übernehmen für mein Tun. Ich darf Teil sein von bewegenden Gottesdiensten, darf Menschen taufen auf den Namen des dreieinigen Gottes, Licht weitergeben, so ich es vermag. Ich habe Feuer gefangen.

Elfriede Knotte (60) ist Pröpstin in Bad Gandersheim.



Luther, helau!

Beim Braunschweiger Karneval ist anlässlich des 500. Reformationsjubiläums in diesem Jahr erstmals Martin Luther als überlebensgroße Styropor-Figur auf einem Wagen mitgefahren. „Der Reformationswagen betont die Befreiung des Menschen von Kräften, die ihn unterdrücken und bevormunden wollen“, sagte der braunschweigische Landesbischof Christoph Meyns am Rande des Karnevalszugs.

Er verfolgte das närrische Treiben vom Braunschweiger Rathaus-Balkon aus. Luther selbst habe den Karneval mit Zügellosigkeit gleichgesetzt und vor allem kritisiert, dass die ausschweifenden Feiern durch spätere Bußleistungen kompensiert werden konnten, sagte der evangelische Theologe. Dies habe seiner Grundüberzeugung widersprochen, dass der Mensch allein durch Gottes Gnade Sündenvergebung erhalte. „Den Karneval heute darauf zu reduzieren, wäre falsch.“ Gegenwärtig sei der Karneval vor allem ein gesellschaftliches Ereignis. | epd